

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Bietrischort, Marienau, den Müllengrund, Ruchsnappel und Tirschnheim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 1,50 M. für auswärtige Besteller mit 1,75 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 3,50 M., für Auswärtige 4.— M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckort: „Tageblatt“, Volkshauspostamt Leipzig 88 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 34

Donnerstag, den 9. Februar 1922

72. Jahrgang

Stadtbücherei.

Den Lesern der Stadtbücherei wird hierdurch bekannt gegeben, daß das Lesegeld infolge der hohen Bücherpreise auf nunmehr 20 Pfg. und bei neuen Büchern bei den ersten 12 Ausleihungen auf 50 Pfg. pro Woche festgesetzt worden ist. Um ferner ein regelmäßigeres Eingeben der Bücher zu erzielen und anzustreben, daß die Leserschaft von 4 Wochen nicht unnötig überschritten wird, was den Bücherbetrieb sehr erschwert, soll von sämtlichen Lesern, die nicht um Verlängerung nachgesucht haben, von der 5. Woche an ebenfalls ein Lesegeld von 50 Pfg. wöchentlich erhoben werden.

Im Anschluß hieran werden alle Leser unserer Stadtbücherei ersucht, die Bücher ja recht sauber und gut zu halten und diejenigen Leser, die jetzt noch Bücher längere Zeit behalten haben, aufgefordert, dieselben unverzüglich abzugeben. In Zukunft wird auch beim Abholen eines Buches ein Votenlohn von 50 Pfg. erhoben.

Die Stadtbücherei ist bis auf weiteres auch Sonntags von 11 bis 12 Uhr und Mittwochs von 5 bis 6 Uhr geöffnet.

Lichtenstein-Callnberg, den 7. Februar 1922.

Der Stadtrat.

Für 2 gesunde Kinder im Alter von 2—3 Monaten werden gefundene Pflegeeltern gesucht. Angebote werden Sonnabend von 9—10 Uhr im Callnberger Rathaus (Stadtsamtszimmer) entgegengenommen.

Wohlfahrtsamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die für Dienstag angelegte Plenarsitzung des Reichstages hat nach einem Beschluß des Vizepräsidenten nicht stattgefunden. Der Zeitpunkt der nächsten Vollversammlung ist noch nicht bestimmt. Auch die Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages ist am Dienstag nachmittags vertagt worden.

* Die deutsche Regierung hat den früheren Reichskommissar für die Durchführung der Entwaffnung, Staatssekretär z. D. Dr. Peters, beauftragt, sich nach Schlesien zu begeben, um dort festzustellen, ob die in Oberschlesien eingetretenen Zwischenfälle, wie in der Mitteilung des französischen Botschafters de Hauptel wurde, im Zusammenhang mit Geheimorganisationen stehen, die sich in Mittel- und Niederschlesien aufhalten sollen.

* Auf dem Kölner Bahnhof fuhr ein Personenzug über Halle und Dreßde hinaus in das Empfangsgebäude; 4 Personen sind tödlich, 5 schwer und 33 leicht verletzt.

* Die Schifffahrt auf der Unterelbe ist durch das Eis fast vollständig lahmgelegt worden. Mehrere Dampfer liegen im Eis fest. Eisbrecher und Schlepper haben die größte Mühe, durch das Eis hindurchzukommen.

* Wie die kommunistische Neue Zeitung mitteilt, sind in Thüringen die politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten.

* Am Sonnabend ist der Ränderer Kommunistenführer Rudolph aus dem hiesigen Polizeiarrest wahrscheinlich unter Beihilfe von Berliner Kommunisten befreit worden. Eine Verhaftung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

* Aus Paris wird berichtet: Die sozialistische Kammerfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung den Abgeordneten Paul Boncourt beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Dienstzeit für das Heer auf acht Monate herabgesetzt wird.

* Aus Prag wird gemeldet: Die Bergarbeiterorganisationen haben in einer ausführlichen Antwort zu den Vermittlungsvorschlägen der Regierung Stellung genommen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Man rechnet mit dem bevorstehenden Abbruch des Bergarbeiterstreiks, der für die Verkehrswege bereits empfindliche Störungen bewirkte.

* In keiner gestrigen Sitzung kam der spanische Ministerpräsident zur Sprache, daß der marokkanische Feldzug im großen und ganzen beendet sei.

Der letzte Kampf um Oberschlesien.

Die Öffentlichkeit ist über den Verlauf der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen bisher sehr unvollkommen unterrichtet worden. Man wollte die Arbeit des deutschen Bevollmächtigten nicht durch den Streit der Parteien stören. Jetzt, wo der Kommissar Dr. Schiffer nach Berlin zurückgekehrt ist, um sich von da nach Genf zu den Schlußverhandlungen zu begeben, kann man offener reden. Schiffer hat in seiner Abschiedsrede vor dem deutschen Ausschuss für Oberschlesien den Polen das Zeugnis sachlicher und loyaler Mitarbeit ausgestellt, konnte aber nicht umhin, mitzuteilen, daß in verschiedenen Fragen, so in der Angelegenheit der Liquidation, des Nationalitätsprinzips und des Optionsrechts noch keine Entscheidung erzielt wurde. Man wird also in Genf weiterkämpfen müssen. Die Verhandlungen dort sollen am 6. Februar beginnen. Vor Ende Februar glaubt aber die deutsche Abordnung mit ihren rüchständigen Arbeiten nicht fertig zu sein. Man muß sich auf weitere Verzögerung gefaßt machen, und ohne Schiedsprüche des Herrn Calonder, die den gordischen Knoten durchhauen, wird man in Genf kaum zu Ende kommen.

Herr Calonder hat mehrere Tage mit der polnischen Abordnung zusammen im Savoy-Hotel in Rattowitz gewohnt. Er hat bei dieser Gelegenheit sicher nicht erfahren, welches gewaltige Opfer das Deutschland durch Belassung der deutschen Währung im polnisch werdenden Oberschlesien bringt, und daß wir allgemein für das jetzt zustande kommende Wirtschaftsabkommen neben den schönen Worten und freundlichen Versprechungen eine ganz bestimmte „Garantie“ erwarten, um diesen französischen Begriff einmal auf deutsche Ansprüche anzuwenden. Zum Beispiel wäre ein Kündigungsrecht des Wirtschaftsabkommens für den Fall des Vertragsbruchs der anderen Seite wirklich nicht zuviel verlangt. Hat Herr Dr. Schiffer, hat die Berliner Regierung sich diese Karte für das Spiel von Genf zurechtgelegt? Unser Verlangen ist durchaus nicht hyperdillig und nationalistisch. Die deutschen Oberschlesier haben mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß auch der sozialdemokratische „Vorwärts“ immer wieder darauf hinweist, die deutsche Regierung sei genötigt, sich für die Rechte der Deutschen in dem Polen zufallenden Teil Oberschlesiens besondere Garantien geben zu lassen, da die polnische Regierung dem Deutschland in dem ehemals preussischen Gebiet von Polen und Westpreußen nicht nur den vertraglich festgesetzten Schutz verweigert, sondern auch die Deutschen aus diesen Gebieten herauszudrängen sucht. Kommt es nicht zu Garantien für das Deutschland, so hat das ganz Wirtschaftsabkommen keinen Wert.

Es droht aber noch eine andere Gefahr und die kann nur durch die nächsten Verhandlungen in Genf gebannt werden. Wir meinen die angekündigte Fortdauer der französischen Besetzung. Ein französischer General hat kürzlich geäußert, die französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien sollen künftig den Sold von im Ausland beschäftigten Truppen erhalten und es soll alles zu ihrer vollständigen Einrichtung in Oberschlesien getan werden. Während wir also erwarten, daß spätestens nach der Ratifikation des oberschlesischen Wirtschaftsabkommens und nach Uebergabe des abzutrennenden Gebietes an Polen die fremdländischen Besatzungen abzurufen, wollen die Franzosen erst richtig anfangen, sich in Oberschlesien einzurichten. Daß dies wieder einmal ein offenkundiger Bruch mit dem Versailler Vertrag wäre, braucht wohl nicht lang und breit auseinander gesetzt zu werden. Nach Artikel 88 Absatz 2 des Friedensvertrages sind die fremden Truppen in Oberschlesien nur einzuziehen, um eine gerechte und ungehinderte Abstimmung zu sichern. Ob die Franzosen sich dieses ihres Zweckes überall bewußt gewesen sind, darüber sind ja die Meinungen geteilt. Jedenfalls ergibt sich aus § 6 genannten Artikels 88, daß nach der Abstimmung und dementsprechender Teilung die fremden Truppen wieder abzurufen haben.

Die Gefahr verdichtet sich aus folgendem Grunde: Es ist offenes Geheimnis in ganz Oberschlesien, daß ein neuer Polenputsch in Aussicht steht mit dem Ziele, die Stadt Beuthen und den Kreis Hindenburg, von dem die Polen ein Drittel erhalten haben, ganz zu annektieren. Der Putsch ist aber nur für den Fall angesetzt, daß die Besatzungstruppen noch weiter in Oberschlesien bleiben. Denn die Polen wissen von früheren Aufständen her, welche brüderliche Hilfe sie von den Franzosen zu erwarten haben. Am meisten ge-

fährdet ist eben der Kreis Hindenburg, der nur französische Besatzung hat. Gegen diese Gefahr gibt es eine diplomatische Waffe. Das Auswärtige Amt möge Herrn Schiffer veranlassen, für den rechtsgültigen Abschluß des Wirtschaftsabkommens in Genf die Klausel zu fordern, daß Deutschland die uneingeschränkte Gebietshoheit zurückhält und daß dies durch den Abzug der fremden Truppen ausgedrückt wird. Es erscheint dringend geboten, daß sich die deutsche Öffentlichkeit mit diesen Gefahren für Oberschlesien beschäftigt. Die Frage ist unseres Erachtens viel wichtiger, als der zurzeit neu aufflammende Streit um die Autonomie, den man ruhig auf die Zeit nach dem Genfer Abschluß vertagen könnte.

Deutsches Reich

Moralische Streitunterstützung.

Dresden. Die deutschnationalen Abgeordneten Hofmann und Beutler haben mit Unterstützung anderer Abgeordneter ihrer Fraktion folgende Anfrage im Landtage eingebracht: „Aus einem vertraulichen Schreiben des Dresdener Lehrervereins geht hervor, daß „die in der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes vereinigten Beamten der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner ihre Sympathie, sowie die moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert haben“. Der Dresdener Lehrerverein erklärt, daß damit auch seine Haltung gekennzeichnet sei. Der Verband sächsischer Polizeibeamter habe eine gleiche Kundgebung erlassen. Sind der sächsischen Regierung diese Vorgänge bekannt, aus denen hervorgeht, daß sich die genannten sächsischen Beamtenorganisationen bewußt gegen die Antündigung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung wenden, die die Unterstützung des Eisenbahnerstreiks unter schwere Strafe stellen? Was hat die sächsische Regierung getan, oder was gedenkt sie zu tun, um der durch solches Verhalten eines Teiles der sächsischen Beamenschaft für Staat und Volk heraufbeschworenen ernstlichen Gefahr zu begegnen und der durch die Polizeibeamtenorganisation gefährdeten Schutz der unter den Streikwirkungen bitterer Not leidenden Bevölkerung Hilfe zu leisten.“

Die Finanzkontrolle auf dem Marße.

Berlin. Die „Bakeler Nachrichten“ melden aus Paris: Im „Temps“ und „Matin“ kommt allgemein zum Ausdruck, daß die Verhandlungen der Alliierten über die deutsche Note wesentliche Zugeständnisse an Deutschland nicht gebracht haben. Die Herabsetzung der deutschen Zahlungen um nur 70 Millionen Goldmark für 1922 wird jetzt auch vom halbamtlichen „Journal des Debats“ bestätigt, das aber gleichzeitig die alliierte Finanzkontrolle über Deutschland schon vom 1. April ankündigt. Vor der Neubildung der italienischen Regierung und deren offizieller Stellungnahme zu den alliierten Beschlüssen ist mit keiner Mitteilung an Deutschland zu rechnen.

Reichspräsident Lobe über die Deutsche Volkspartei.

Reichspräsident Lobe nimmt in der Breslauer Volksrechtshaus Stellung gegen die neueste politische Schwelung der Deutschen Volkspartei. Mit der allgemein gehaltenen, absichtlich dunklen Parole der sachlichen und persönlichen Garantie, unter der man alles mögliche verziehen könne, behält sich die Deutsche Volkspartei vor, das halbe Zugeständnis beim Steuerkompromiß nochmals zu halbieren und das geringfügige Opfer, das durch die Zwangsanleihe gebracht werden sollte, auch der letzten Spur eines Opfers zu entkleiden. Die geringe Bereitschaft war vom ersten Tage an sichtbar und es war ein Fehlgriff des Reichspräsidenten, daß er gerade auf die Mitwirkung dieser Partei Wert legte, statt seine Mehrheit nach links zu erweitern. Eine Partei, die sich einem Opfer des Besiegers entzieht, ist keine geeignete Kontrahentin für die Sozialdemokratie. Das Verhalten im Falle Rathenau schlägt dem Halse den Boden aus. Freilich ist es gut, daß die Deutsche Volkspartei gleichzeitig den Beweis ihrer Unzuverlässigkeit auch für das Zentrum antritt. Die Sozialdemokratie hat diese Aufklärung nicht mehr nötig. Sie wird trotz aller Schwierigkeiten einen neuen Versuch machen müssen, eine Steuerreform nach links hin zu erhalten. — Die Deutsche Volkspartei wird sich über das Urteil des Herrn Lobe zu trösten wissen, sie hat ihrerseits nichts unversucht gelassen, des Vaterlandes bestes zu erstreben.

ter Ergebnisse, fort
den Frieden und auch
ankommen, sondern eine
s können, eine Fertigkeit
am, getragen und
er Kraft des Gemütes,
ch unsere Verlesungen
er Tarnen, durch Spiel
en, dann wird es Ge,
Ausdruck seines eigenen
bewegen; dann wächst
natürliche Größe von
in wilder Begierde zu
aft febrer zur Annuit
21.—
Böbling.
Aufführung des Jung
bellfunde; in der Pfarre,
stapelie).
una.
ort.
ken.
Sekt.
glauben.
er.
gen
burg
össnitz
all.
JAEGER
at. Spe.Jit.
nnen
einrichtsort.
cheine
dieses Blattes.
en
Anlagen,
nen
mar
ernruf 2294.